



## Die LINKE und Israel

Die Haltung zu Israel und zum Nahost-Konflikt ist ein alter Streitpunkt in der LINKEN. Neu entflammt ist die Debatte nach der Rede von Israels Präsident Peres im Bundestag am 27. Januar. **Seite 2**



## Nachkriegsopfer

Der Bürgerkrieg in Sri Lanka ist seit mehr als acht Monaten beendet. Doch die Leiden der Überlebenden sind es nicht. Tausende Tamilen suchen Schutz in anderen Ländern. **Seite 3**



## Tödliche Entwicklungshilfe?

»Dead Aid« (Tödliche Hilfe), das Buch der sambischen Ökonomin Dambisa Moyo, polarisiert. Das zeigte auch ein Fachgespräch im Haus der Demokratie. (Im Bild Professor Theo Rauch) **Seite 10**

## Standpunkt

### Keine Rolle rückwärts

Von Aert van Riel

Seit bekannt wurde, dass Union und FDP hohe Spenden aus der Hotelbranche erhalten haben, mehrt sich die Kritik an ihrer Klientelpolitik. Denn die Bundesregierung machte im Gegenzug den Hoteliers, durch eine Senkung der Mehrwertsteuer für Übernachtungen von 19 auf 7 Prozent, ein großzügiges Steuergeschenk. Dies sorgt bei den Wählern für Unmut. Für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai sehen Umfragen keine Mehrheit mehr für CDU und FDP. In diesem Fall würde auch im Bundesrat ihre Dominanz gebrochen.

Um dies zu verhindern und die Wähler zu besänftigen, wollen NRW-Landeschef Jürgen Rüttgers (CDU) und FDP-Vize Andreas Pinkwart, auch gegen Widerstände aus den eigenen Parteien, die Senkung der Hotelsteuer aussetzen und im Rahmen einer großen Steuerreform neu gestalten. Eine Rolle rückwärts ist jedoch nicht zu erwarten. Denn die NRW-Politiker unterstützen grundsätzlich die Senkung der Mehrwertsteuer für Dienstleistungen. Pinkwart übt lediglich Kritik an der zusätzlichen Bürokratie, die die unterschiedlich hohe Mehrwertsteuer für Übernachtung und Frühstück in Hotels mit sich bringt. Auch eine »große Steuerreform« im Sinne Pinkwarts und weiterer schwarzgelber Politiker würde vor allem Lobbygruppen bevorzugen, zu Steuerfällen führen und den Druck auf den Sozialstaat erhöhen.

## Unten links

Sage niemand, das Berliner S-Bahn-Chaos habe nicht auch sein Gutes. Verhale es doch einem längst vergessenen geglaubten Typus zu neuer Popularität: dem Aussteiger. Man denke an die Millionen, die im vergangenen Jahr wegen der gekappten Ost-West-Verbindung wochenlang bereits am Ostbahnhof aussteigen mussten. Guido Westerwelle hat sich davon zu seinem genialen Aussteiger-Programm inspirieren lassen, das den Afghanistan-Krieg um mindestens 90 Jahre verkürzen wird. Eine faszinierende Vision: Berlin verscherbelt seine marode S-Bahn an das Karsai-Regime und auf dem Ostbahnhof von Kabul fallen nach der Durchsage »Aussteigen, bitte!« Millionen Taliban Westerwelle weinend um den Hals. Anschließend packen sie aus. Denn, das wissen wir aus einschlägigen Büchern und Filmen, Aussteiger packen irgendwann aus. Damit das in geordneten Bahnen (sic!) verläuft, hat der Guido für jeden Aussteiger etwas mitgebracht zum Auspacken – ein Konjunkturpäckchen. **ibo**

[www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;  
Österreich 1,60/1,80 EUR;  
Slowakei 1,70/1,90 EUR;  
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;  
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-3375

# Türöffner für die Kopfpauschale

### Gesundheitspläne stoßen auf Widerstand von Gewerkschaften, Verbänden und Opposition

Von Silvia Ottow

Die Erhebung von Zusatzbeiträgen bei den ersten Krankenkassen, die nur von den Versicherten und nicht mehr von den Arbeitgebern bezahlt werden müssen, hat viele Menschen verunsichert. Die Gewerkschaften wollen den Kopfpauschalenplänen der Regierung eigene Vorstellungen entgegensetzen.

»Ich werde meiner Krankenkasse vier Euro im Monat überweisen«, wird ein Zuschauer in einer Fernsehsendung zitiert. »Den Rest kann sie sich vom Arbeitgeber holen.« Fälle, wie dieser Mann sie verursachen könnte, gehören zum Horrarszenario jeder Krankenkasse, die sich gezwungen sieht, einen Zusatzbeitrag von ihren Versicherten zu verlangen. Bis zu zwei Euro, haben Experten ausgerechnet, könnten jeden Monat für die Verwaltung draufgehen, Mahngebühren gar nicht eingerechnet.

Acht gesetzliche Krankenkassen haben Zusatzbeiträge angekündigt, neun planen es. Elf Millionen Versicherte wären von den Kostensteigerungen betroffen, im nächsten Jahr könnten es schon alle sein. »Die Krankenkassen müssen jetzt 52 Millionen Einzelkonten für ihre Mitglieder einrichten. Damit schaffen sie eine Infrastruktur für die Kopfpauschalen, ohne es zu wollen. Über diese Konten lassen sich statt acht Euro Zusatzbeitrag grundsätzlich auch 150 Euro Kopfpremie verbuchen«, warnt Herbert Rebscher, Vorstandsvorsitzender der DAK, die als eine der ersten Kassen Zusatzbeiträge ankündigte.

Die Zusatzbeiträge, die heute alle Gemüter erhitzen, wurden im übrigen zusammen mit dem Gesundheitsfonds auf den Druck der CDU/CSU-Fraktion bei den Reformverhandlungen 2006 beschlossen, wohlweislich für 2010. Vor diesem Hintergrund scheint die Forderung der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach einer Prüfung der Krankenkassen und ihr Unmut über die Zusatzbeiträge ebenso heuchlerisch wie die Empfehlung des FDP-Gesundheitsmi-



In Sachen Kopfpauschale wird es einsam hinter Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP).

Foto: dpa/Burgi

nisters Philipp Rösler, der den Versicherten zum Kassenwechsel rät. Nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen möchte er die Kopfpremie schrittweise einführen. Acht Euro im Monat könnten bald alle Kassen fordern, die Summe könnte größer werden, aus dem Zusatzbeitrag wird die Kopfpauschale. Opposition, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, DGB und Politiker von CDU und CSU halten sie für unsozial.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat eine Reformkommission für ein »solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft« angekündigt. Das Gremium werde – als Alternative zur geplanten Regierungskommission – »bis zum

Herbst 2010 Vorschläge zur Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung ausarbeiten«. Die Pläne der Bundesregierung erforderten »eine grundlegende gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Zukunft unserer solidarischen Krankenversicherung«, so DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.

Hans-Jürgen Müller, IKK-Verwaltungsratsvorsitzender, erklärt dieser Zeitung: »Ich hoffe, dass der Widerstand so groß sein wird, dass der Minister von der Kopfpauschale Abstand nimmt. Sie ist zutiefst ungerecht«. Kathrin Vogler von der LINKEN im Bundestag, die für eine solidarische Bürger-

versicherung wirbt, hält es ebenfalls für aussichtsreich, sich zu wehren. Die Regierung sei sich nicht einig, sagt sie. CSU-Vorsitzender Horst Seehofer bezeichnet die Pauschale, für deren Einführung laut SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier 35 Milliarden Euro benötigt werden, als völligen Nonsens und gibt ihr »nicht die Spur einer Chance«. Widerstand gegen die Aufkündigung der Solidarität probt schon mal die Senioren-Union der CDU in Schleswig-Holstein. Sie rät, Zusatzbeiträge nicht zu zahlen, die seien ein Eingriff in den Solidaritätspakt von Arbeitnehmern und -gebern, heißt es in ihrer Mitteilung.

# Schwarz-Gelb streitet um Hotelsteuer

### Opposition will Bundestagsabstimmung über die kontroverse Regelung

Führende Politiker der schwarz-gelben Regierung in Nordrhein-Westfalen wollen die umstrittene Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen aussetzen. Doch Spitzen der Bundesregierung erteilten den Forderungen eine Absage.

Berlin/Schwerin (Agenturen/ND). Der FDP-Vize und stellvertretende NRW-Ministerpräsident Andreas Pinkwart beharrt trotz parteiinterner Kritik darauf, die Senkung der Mehrwertsteuer für das Hotelgewerbe auszusetzen. Die Umsetzung sei »in einer Art und Weise erfolgt, dass sich das eher als bürokratisches Monster erweist«, so Pinkwart. Unterstützung erhielt der FDP-Politiker von NRW-Landeschef Jürgen Rüttgers (CDU). Zu Jahresbeginn hatte die Bundesregierung im Zuge des »Wachstumsbeschleunigungsgesetzes« den Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent verringert. Das Steuergeschenk kostet rund eine Milliarde

Euro pro Jahr. Wegen Spenden aus der Hotelbranche wird die Bundesregierung verdächtigt, Klientelpolitik zu betreiben. Pinkwart kritisiert jedoch lediglich die unterschiedlich hohen Steuersätze für Frühstück (weiterhin 19 Prozent) und Übernachtungen und forderte, die Steuerenkungen für Hotels im Rahmen einer großen Steuerreform zu klären.

Vertreter der Bundesregierung distanzieren sich von Pinkwarts Vorstoß. FDP-Chef Guido Westerwelle sagte, er bleibe dabei, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz bei Beherbergungsleistungen wegen der Entlastung des Mittelstands richtig sei. Westerwelle sprach sich jedoch dafür aus, die Ausführungsbestimmungen für das Gesetz zu ändern, um ein weniger bürokratisches Verfahren zu erreichen. So sollten die nach wie vor dem regulären Mehrwertsteuersatz unterliegenden »Nebenleistungen« wie das Frühstück zu einem Paket zusammengefasst wer-

den. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stellte klar, dass sie die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent nicht zurücknehmen werde. Zu Änderungen bei der Umsetzung erklärte sie sich aber bereit.

Die Oppositionsparteien sprachen von einer Verzweiflungstat von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen wegen schlechter Umfrageergebnisse vor der Landtagswahl am 9. Mai. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, will im Bundestag namentlich über einen SPD-Antrag zur Rücknahme der Hotel-Steuerenkung abstimmen lassen. »Dann müssen die nordrhein-westfälischen Abgeordneten Farbe bekennen und sich zwischen dem Gemeinwohl und Klientelinteressen entscheiden«, sagte er gegenüber der »Mitteldeutschen Zeitung«. Im Gegensatz zur Bundes-SPD wandte sich Erwin Sellering (SPD), Ministerpräsident von Mecklenburg-

Vorpommern, gegen die Rücknahme der Steuerenkungen für Hotels. »Erst stimmt die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen dem Steuerpaket zu und dann will sie vier Wochen später davon nichts mehr wissen«, kritisierte Sellering. Mecklenburg-Vorpommern habe sich als Tourismusland mehrfach im Bundesrat für den reduzierten Mehrwertsteuersatz eingesetzt, so Sellering. Gesine Lötzsch, Fraktionsvize der Linkspartei, forderte, das gesamte »Umverteilungsbeschleunigungsgesetz« aus dem Verkehr zu ziehen, statt es zeitweilig auszusetzen.

Einige Hoteliers befürchten bereits die Aussetzung der Mehrwertsteuersenkung. Der Geschäftsführer des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes in Mecklenburg-Vorpommern, Uwe Barsewitz, berichtete von Anrufen »stark irritierter« Hotelbesitzer. Sie überlegten, bereits geplante Investitionen wieder zu streichen, sagte Barsewitz.

## Merkel für Deal mit Daten-Dieb

### Schweiz: Keine Hilfe bei Jagd auf Steuersünder

Berlin (ND-Heilig). Die deutschen Steuerbehörden werden die aus der Schweiz stammende »Steuersünderdatei« vermutlich kaufen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, es solle »alles versucht werden, um an diese Daten heranzukommen«. Jetzt würden Gespräche mit den zuständigen Bundesländern geführt.

Ein Informant bietet dem deutschen Fiskus illegal gewonnene Bankdaten von bis zu 1500 Deutschen in der Schweiz an. Er verlangt dafür 2,5 Millionen Euro. Merkel meint: »Vom Ziel her sollten wir – wenn diese Daten relevant sind – in den Besitz dieser Daten kommen.« Weitgehend unklar ist, wie relevant die Daten sind und ob wirklich nur Fakten über kriminelle Anleger gespeichert sind. Bedenken – auch in ihrer Union – gegen so ein Geschäft wies Merkel zurück. Jeder vernünftige Mensch wisse, dass Steuerhinterziehung geahndet werden müsse.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und der Schweizer Bundesrat Hans-Rudolf Merz haben – so Meldungen aus Bern – Übereinstimmung darüber erzielt, dass beide Länder unterschiedliche Rechtsauffassungen vertreten. Bern werde keine Amtshilfe auf Basis gestohlener Daten leisten. Noch im Februar kommt es zu einem Treffen der Finanzminister Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, Liechtensteins und Luxemburgs. **Tagesthema Seite 2**

## Kurz

### Warnstreiks

Potsdam (dpa). Die Gewerkschaften haben zu Warnstreiks im Nahverkehr, in Krankenhäusern, Kindertagesstätten und der öffentlichen Verwaltung aufgerufen, nachdem die festgefahrenen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen am Montag veragt wurden. **Seiten 4 und 9**

### Missbrauchsskandal

Berlin (dpa). Der Skandal um sexuellen Missbrauch von Schülern an Einrichtungen des katholischen Jesuitenordens weitet sich aus. Neben den Missbrauchsfällen durch Lehrer am Berliner Canisius-Gymnasium habe es auch Fälle in Hamburg, St. Blasien, Göttingen, Hildesheim, Chile und Spanien gegeben. Das sagte der deutsche Ordenschef, Provinzial Stefan Dartmann, am Montag in Berlin. **Seite 11**

### Revolutionsfeiern

Teheran (AFP). In Iran haben am Montag die Feierlichkeiten zum 31. Jahrestag der Islamischen Revolution begonnen.

### Attentat auf Pilger

Bagdad (AFP). Eine Attentäterin hat am Montag in der irakischen Stadt Kerbela mindestens 41 schiitische Pilger und sich selbst getötet, als sie inmitten von Pilgern und Kindern eine Bombe zündete.

